

Schaffhausen, April 2018

Neue Wohnformen werden europaweit von Interessensvertretern öffentlich vermittelt und sind in den politischen Agenden dauerpräsent.

Die Diskussion über die bestehende Situation in Schaffhausen kreist hauptsächlich um die fehlende (umsetzbare und verbindliche) Vision der Stadt. Gute Prozesse und Qualität können erst entstehen, wenn klar ist, wohin sich die Stadt entwickeln soll. Aktuelle Versuche, Prozesse zu öffnen, gelingen – aus Sicht der Fachkreise – unzureichend. Die Politik realisiert dies oftmals nicht, da ihr das Fachwissen fehlt. Innerhalb von klaren Richtlinien, die aus einer Vision abgeleitet werden, kann/muss ein Diskurs gefördert werden. Die politische Mutlosigkeit und die fehlenden Ressourcen in der Verwaltung führen zu einem Stillstand. Die Grundhaltung von Schaffhausen muss gekehrt und aufgeweckt werden.

Der SCHARF Vorstand hat zur Vorbereitung auf den zweiten Teil seiner WOHNFORMEN-Reihe ein Thesepapier verfasst.

Die 10 Thesen sind eine Aufforderung, den Diskurs unter allen Beteiligten anzuregen mit dem Ziel, das Thema Wohnen aktiv und konstruktiv anzugehen. Sie zielen alle darauf hin, QUALITÄT des Gebauten und der dazwischen liegenden Freiräume in Schaffhausen zu sichern, die mit zunehmender Verdichtung der Stadt und Beachten der Nachhaltigkeit ein besonderes Augenmerk verlangt.

SCHARF

Schaffhauser Architektur Forum
Christian Wäckerlin, Präsident

10 Thesen zur Schaffhauser Wohnbaupolitik

SCHARF-Forderungen für eine wirkungsvolle Wohnbaupolitik:

- **1. Die öffentliche Hand soll auf ihren berechtigten Anliegen und Ansprüchen bestehen.**
> Stadtraum gehört allen.
- **2. Die öffentliche Hand soll wichtige Orte in der Stadt nicht nur dem subjektiven Geschmack von Investoren überlassen.**
> Wettbewerbe fordern und Angst vor Investorenabwanderung überwinden.
- **3. Aktualisierung der Wohnraumstrategie mit realistischem Zeitplan und forcierter Umsetzung. Bauordnung und Baugesetz sollen kreativ und innovativ mit Verdichtung, Energie und Nachhaltigkeit umgehen.**
> Aktive Bodenpolitik mit dem Ziel, Familien anzusiedeln und Anteil an gemeinnützigen Wohnungen steigern.
- **4. Bauland im Besitz der öffentlichen Hand soll nur noch im Baurecht abgegeben und mittels eines Studienauftrags oder noch besser eines Wettbewerbs entwickelt werden.**
> Nichts mehr verkaufen.
- **5. Projekte gemeinnütziger Bauträger sollen mittels Bürgschaft der öffentlichen Hand unterstützt werden.**
> Schaffung eines kantonalen Fonds de Roulement.
- **6. Öffentliche Institutionen (z.B. Kantonale Pensionskasse) sollen nur in Projekte investieren, die aus einem Wettbewerbsverfahren hervorgegangen sind.**
> Öffentliche Institutionen entwickeln beispielhaft.
- **7. Der sozialwissenschaftliche Gedanke bei der Wohnbaupolitik soll zu einer Herzensangelegenheit werden. Qualität umfasst auch die Bewohnerstruktur und Vielfalt der Wohnangebote, sprich flexible und moderne Wohnformen. Alte Muster der Wohnformen sollen durchbrochen werden.**
> Konventionelles Wohnen überwinden.
- **8. Die Wohnbaupolitik soll Verantwortung für lebenswerten, bezahlbaren und raumplanerisch vertretbaren Wohnraum übernehmen.**
> Wohnflächenbedarf flexibel abdecken, Nachhaltigkeit durch vertretbare soziale Dichte.
- **9. Förderung der Baukultur mittels öffentlichem Diskurs über konkrete Beispiele/Entwicklungen.**
> Projekte öffentlich beurteilen, öffentliches Dokumentieren und Jurieren und Auszeichnen von Wettbewerbsbeiträgen.
- **10. Stadt und Kanton sollen mit offenen Wettbewerben und Studienaufträgen hervorragende Baukultur und Bauqualität fördern und damit auch faire Rahmenbedingungen und Chancengleichheit für alle Architektinnen und Architekten schaffen.**
> Standortförderung und Nachwuchsförderung.